

Opposition trotz Lukaschenko

Für Samstag planen die Demonstranten eine Großkundgebung in Minsk

VON MIHAIL KIPKO
Minsk

Julja ist erleichtert. „Eine weitere Nacht ist überstanden“, sagt sie, „und das Wetter ist besser geworden.“ Beim Zeltlager der Opposition im Zentrum von Minsk verteilt die junge Frau blaue Schleifen. „Freiheit für Weißrussland“ steht darauf. Demonstranten haben eine Menschenkette um das Lager gebildet. Mehr als drei Meter traut sich Julja nicht vom Lager weg. „Hier ist alles voll mit KGB-Agenten“, flüstert sie.

Am Vorabend waren erneut zahlreiche Demonstranten nach der allabendlichen Kundgebung auf dem Heimweg verhaftet worden.

SPEZIALPOLIZEI Auch untertags streifen Polizisten, Männer in schwarzer Zivilkleidung und Spezialpolizisten um das Lager. Passanten bleiben stehen und lassen sich von Julja eine Schleife um den Arm binden. Ihr Gesicht verbirgt die Studentin aus Angst hinter einem dicken Schal.

Alle Demonstranten auf dem Platz unterstützen Alexander Milinkewitsch, den populärsten Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen vom vergangenen Samstag. Mit 82 Prozent hatte sich der amtierende Präsident Alexander Luka-



Hoffen auf Hilfe aus Europa: Demonstranten in Weißrussland

schenko dabei eine dritte Amtszeit sichern lassen. Internationale Wahlbeobachter sowie die Opposition, allen voran Milinkewitsch, reklamieren massive Wahlfälschungen.

SANKTIONEN Milinkewitsch will sich nicht geschlagen geben. Ans Ausland appelliert er, die Opposition intensiver zu unterstützen und das Regime in Minsk mit Sanktionen zu belegen. Die Demonstranten rief er auf dem Oktober-Platz erneut auf durchzuhalten. Am Samstag soll es schließlich zu einer Großkundgebung kommen, bei der Milinkewitsch die Gründung einer großen Oppositionsbewegung mit dem Motto „Für die Freiheit“ verkünden wolle.

Durchhalten wird aber zunehmend schwieriger. Das Regime ging in der Nacht auf Mittwoch zwar noch nicht offen gegen die Proteste vor, ließ jedoch die Muskeln spielen: Restaurants, Geschäfte und U-Bahn-Zugänge um den Platz wurden geschlossen.

Nach Mitternacht führen dann Lkw und Traktoren auf. Spezialpolizisten setzten sich in Bewegung. Ein Demonstrant, der in panischer Angst davonrannte, schrie: „Jetzt werden sie zuschlagen, lauft, so schnell ihr könnt.“

In Frankreich wächst die Angst vor einer „Explosion der Gewalt“

Villepins Unnachgiebigkeit entzweit Bürgerliche

Der Zusammenhalt des bürgerlichen Regierungslagers gegenüber der Protestbewegung in Frankreich bröckelt. Der Innenminister und Vorsitzende der Regierungspartei UMP, Nicolas Sarkozy, will den umstrittenen Sonder-Arbeitsvertrag für Jugendliche (CPE) vorerst bloß sechs Monate lang „ausprobieren“. Premier Dominique De Villepin hat hingegen jeden Rückzieher in Sachen CPE ausdrücklich verworfen. Diese Unnachgiebigkeit stößt bei bürgerlichen Parlamentariern auf Unverständnis. Edle befürchten eine „Explosion der Gewalt“.

In die Kerbe schlägt Sarkozy, der mit Villepin um die Führung des bürgerlichen Lagers bei den Präsidentschaftswahlen 2007 wetteifert. Unter Vertrauen erwog Sarkozy seinen Rücktritt aus der Regierung. Er ist zwar selber ein wirtschaftsliberaler Hardliner, wirft aber Villepin vor, den CPE nicht einmal mit den gemäßigten Gewerkschaftsführern abgesprochen zu haben. Sarkozy

befürchtet, dass die Protestbewegung, die laut Umfragen von einer Zweidrittel-Mehrheit der Franzosen unterstützt wird, nicht nur Villepin hinwegfegen, sondern auch seine eigenen Zukunftschancen unwiderruflich beschädigen werde. Hat er doch als Innenminister die Polizeimaßnahmen gegen die zunehmend aufgebrauchten Demonstranten zu verantworten.

Die Angst vor einem tödlichen Zwischenfall ist allgegenwärtig. In über 60 Unihäufen sich Zusammenstöße zwischen Streikenden und Lernwilligen. In den Vorstädten, in denen immer mehr Gymnasien besetzt sind, kommt es zu Schlägereien zwischen Schülern und Polizei. Straßensperren stürzen regionale Verkehrsknotenpunkte ins Chaos. Die täglichen Demos in Paris münden ausnahmslos in Gewalttätigkeiten. Nächsten Dienstag wollen die Gewerkschaften den gesamten öffentlichen Verkehr zum Erliegen bringen.

-DANNY LEDER Paris



ETA-Führer beim Verlesen ihrer politischen Botschaft

ETA erklärt dauerhafte Waffenruhe

Spaniens Regierung reagiert vorerst abwartend

Der Entschluss kam plötzlich, jedoch keineswegs überraschend. Mittwoch gegen Mittag strahlte die baskische Rundfunk eine Mitteilung der Terrororganisation ETA aus. Zentraler Punkt: Die Ankündigung eines dauerhaften Waffenstillstandes, der ab Freitag in Kraft treten soll. Man wolle, so die Botschaft, einen demokratischen Prozess im Baskenland in Gang setzen. Ein Ende des Konfliktes sei umgehend möglich.

Spaniens Regierung reagierte vorerst abwartend. Immerhin hatte die Terrorgruppe 1998 einen ähnlichen Waffenstillstand ver-

kündet, diesen aber nur genutzt, um ihre Strukturen wieder aufzubauen.

Premier Zapatero bereitet seit Monaten Verhandlungen mit der ETA vor und hat sich dafür auch der Unterstützung des Parlaments versichert. Die von ihm geforderte Voraussetzung, ein Ende der Gewalt durch die ETA, ist nun fürs erste gegeben. In letzter Zeit hatte Madrid versucht, ETA-nahe baskische Politiker als Verbindungsleute zu den Terroristen zu gewinnen. Kürzlich hatte ein führender Politiker aus Zapateros Partei erklärt, ein Ende der Gewalt sei so nahe wie noch nie.

INTERVIEW

„Das Regime in Minsk schaufelt sein eigenes Grab“

ihnen sind Kleinunternehmer. Sie wollen Veränderung, sie sehen sie als Gewinn. Die meisten von ihnen lehnen das Regime ab. Die dritte Gruppe würde ich als Wechselhafte bezeichnen. In manchen Punkten unterstützen sie das System, in anderen nicht. Lukaschenko stützt sich vor allem auf die erste der drei Gesellschaftsgruppen.

► Mechanismen, um das System zu erhalten: 80 Prozent der Wirtschaft werden vom Staat kontrolliert. Ein wichtiger Punkt dabei sind Arbeitsverträge. Die meisten Verträge werden nur mehr auf ein oder zwei Jahre vergeben. Wenn sich ein Angestellter, egal in welchem Betrieb, als illoyal gegenüber

dem System herausstellt, wird er gekündigt.

► die Medienstruktur: 95 Prozent der weißrussischen Medien werden vom Staat kontrolliert. Viele Menschen können russisches TV sehen. Dann gibt es eine Reihe von Rundfunkstationen, die aus dem Ausland nach Weißrussland senden. Ein neues Phänomen sind Untergrundmedien. Diese Zeitungen werden nachts in Auflagen von bis zu 100.000 Stück produziert.

Das staatliche Fernsehen dient vor allem dazu, die Opposition und die Außenwelt zu diskreditieren. Gegen die Opposition geht das Fernsehen immer brutaler vor – im Ton vergleichbar mit den Machwerken Goebbels'.



Regimekritiker Oleg Manev

► Chancen einer Wende: Rückhalt in der Polizei hat die Opposition nicht. Es gibt auch nicht die leuchtende Figur, die eine Wende tragen könnte und die auch Polizisten begeistern könnte. Die Behörden nehmen die Demonstrationen in Minsk momentan nicht allzu ernst. Das Potenzial einer Wende ist da.

70 Prozent der Weißrussen geben in Untersuchungen an, Angst davor zu haben, ihre Meinung frei zu äußern. Man wird gekündigt oder aus der Universität ausgeschlossen. Das brutale Regime schaufelt damit sein eigenes Grab. Die Angst treibt die Menschen an. Manche emigrieren, manche gehen auf die Straße.

Ich glaube nicht, dass es in Weißrussland eine orange-farbene, eine blaue oder sonst eine Farbrevolution geben wird. Ich glaube, sie wird blutig verlaufen.

Interview: Mihail Kipko

► INTERNET
www.iseps.org/index.html

ÜBERBLICK

Kein rascher Irak-Abzug der US-Truppen geplant

USA – Über einen Rückzug der Truppen aus dem Irak „werden künftige Präsidenten und die Regierung in Bagdad entscheiden“, sagte Präsident Bush bei einem Pressegespräch. Er bekräftigte damit indirekt, die Militäroktion bis zum Ende seiner Amtszeit 2008 fortsetzen zu wollen. Das Angebot des Iran, über den Irak Gespräche aufzunehmen, will er annehmen.

Unternehmer klagt vor Menschenrechtstribunal

RUSSLAND – Der wegen Steuerhinterziehung zu acht Jahren Haft in einem sibirischen Straflager verurteilte Öl-Unternehmer Chodorowski wird vor dem Europäischen Menschenrechtsgeschichtshof klagen. Westliche Politiker sprechen von einem politischen Prozess, weil der frühere Yukos-Chef Bürgerrechtsgruppen finanziell unterstützt hatte.

Islamische Kleidung in Schulen verboten

GROSSBRITANNIEN – Britische Höchst Richter haben entschieden, dass das Tragen von islamischen Kleidern, die den ganzen Körper verhüllen, in Schulen nicht erlaubt ist. Ein Mädchen hatte sich 2002 geweigert, die vorgeschriebene Schuluniform zu tragen und darauf bestanden, in der Jalaba zum Unterricht zu kommen. Sie wurde von der Schule ausgeschlossen.

Regierungen über Einsatz im Kongo einig

EU – Die 25 Regierungen der Europäischen Union haben sich über den Einsatz von EU-Soldaten im Kongo geeinigt. Die Wahlen im Juni sollen von 1500 Uniformierten abgesichert werden. Die Führung erfolgt durch das Bundeswehr-Hauptquartier in Potsdam. Der Beschluss ist endgültig, wenn bis Donnerstag keine Regierung mehr schriftlich widerspricht.

Oberhaus stimmt Blairs Anti-Terror-Gesetz zu

GROSSBRITANNIEN – Nach mehrfacher Ablehnung hat das britische Oberhaus nun doch dem Teilentwurf für ein neues Anti-Terror-Gesetz zugestimmt. Die Abgeordneten sprachen sich am Mittwoch mit 172 zu 112 Stimmen für die Vorlage der Regierung Blair aus. Der Entwurf stellt die Verherrlichung von Terror unter Strafe. Gegner der Vorlage befürchten eine Aushöhlung des Demonstrationsrechts.

Wider die Unmoral

Die einflussreiche Mutter des peruanischen Präsidentschaftskandidaten Ollanta Humala hat klare Vorstellungen, wer die Moral stört und wie dies verändert werden kann: „Man braucht nur ein paar Homosexuelle zu erschießen, und schon wird es weniger unmoralisches Verhalten geben.“